

Presseerklärung vom 17.11.2010

NRB begrüßt die Schaffung neuer Sozialrichterstellen!

Die CDU/FDP-Koalition hat angekündigt im Landeshaushalt 2011 Mittel für 10 neue Sozialrichterstellen zur Verfügung zu stellen. „An dieser Maßnahme führt leider kein Weg vorbei,“ sagte Andreas Kreuzer, Vorsitzender des Niedersächsischen Richterbunds (NRB), „wir freuen uns, dass wir mit unseren Argumenten bei den Regierungsfractionen Gehör gefunden haben. Leider muss die Sozialgerichtsbarkeit die Suppe auslöffeln, die andere eingebrockt haben. Es ist dringend notwendig, dass der Bundesgesetzgeber praktikablere Regelungen schafft und die ARGEN gut ausgebildetes Personal einsetzen. Im Harz-IV-Bereich ist fast jeder zweite Bescheid fehlerhaft.“

Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf zeitnahe Entscheidung ihrer Verfahren. Das gilt insbesondere, wenn es um die Grundsicherung des Lebensunterhalts geht. Die Justiz kann diesem Anspruch zur Zeit nur gerecht werden, wenn die Gerichte mit der erforderlichen Anzahl an Richtern ausgestattet werden.

"Wichtig ist, jetzt möglichst bald ein Gesamtkonzept zu entwickeln, wie man der Verfahrensflut Herr werden kann" sagte Kreuzer, "die Lösung kann nicht in der endlosen Vermehrung der Sozialrichterstellen liegen." Ein Weg könnte sein, im nächsten Jahr durch eine weitere fühlbare Stärkung der ebenfalls immer noch überlasteten ordentlichen Gerichtsbarkeit Ressourcen zu schaffen, mit denen in der Sozialgerichtsbarkeit vorübergehend geholfen werden kann. "Der Berg unerledigter Verfahren muss dringend abgebaut werden", forderte Kreuzer, "das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern, die ihr Recht suchen, schuldig."

Der NRB fordert deshalb, dass der begonnene Weg zur Beseitigung der untragbaren Situation der Sozialgerichte konsequent weiter beschritten wird.

Der Niedersächsische Richterbund ist mit über 1.500 Mitgliedern der größte Berufsverband der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in Niedersachsen. Er vertritt die Interessen seiner Mitglieder gegenüber Regierung, Parlament und Öffentlichkeit.

Kontakt:

Dr. Jutta Schlecht, Pressereferentin,
Telefon: (05 31) 4 88 - 22 39 und (01 78) 8 67 67 30, E-Mail: Jutta.Schlecht@justiz.niedersachsen.de

Nicolai Stephan, Pressereferent,
Telefon: (05 31) 4 88 - 11 81 und (01 60) 90 29 24 19, E-Mail: Nicolai.Stephan@justiz.niedersachsen.de

Kirstin Seidel, Geschäftsführerin,
Tel.: (0 51 21) 9 68 - 4 58 und (01 73) 2 14 82 57, E-Mail: Kirstin.Seidel@justiz.niedersachsen.de